97-84116-7

Harms, Bernhard

Über die grundlagen einer modernen...

Leipzig

1909

97-84116-7
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

308
Z
Box 447

Harms, Bernhard, 1876-1939.
Über die grundlagen einer modernen arbeiter-organisation; festrede gehalten am 11. juli 1909 auf dem III. Nationalen volksfest in Leipzig von ... Bernhard Harms; hrsg. vom Arbeits-ausschuss nationaler arbeiter- und gehilfen-organisationen zu Leipzig. Leipzig, ~~1909.~~
32 p. Arbeitsausschuss nationaler arbeiter- und gehilfen-organisationen zu Leipzig, 1909.

31758

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 9:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 6/10/97 INITIALS: TLM

TRACKING # : 25150

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Über die Grundlagen
einer
modernen Arbeiterorganisation

Von

Professor Dr. **Bernhard Harms**, Kiel.

308
N
Box 447

Herausgegeben vom Arbeitsausschuß
nationaler Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen zu Leipzig

Leipzig 1909.

Über die Grundlagen

einer

modernen Arbeiterorganisation

Festrede

gehalten am 11. Juli 1909 auf dem

III. Nationalen Volksfest

in Leipzig

von

Prof. Dr. Bernhard Harms, Kiel

Herausgegeben vom Arbeitsausschuß
nationaler Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen zu Leipzig

Leipzig 1909.

Im Verlage von **Gustav Fischer** in Jena ist erschienen:

Ferdinand Lassalle

und seine Bedeutung für die

deutsche Sozialdemokratie

Von

Prof. Dr. Bernhard Harms

Preis im Einzelverkauf 1.50 Mk.

In dieser Schrift ist manches von dem, was in der nachstehenden Festrede nur angedeutet wird, näher ausgeführt.

Hochgeehrte Versammlung!

Wer heute des Glückes teilhaftig geworden ist, das fröhliche Treiben der zu unserm Feste vereinten ungezählten Menschenscharen auf sich einwirken zu lassen, der wird an jene meisterhafte Schilderung in Goethes Faust gedacht haben:

Aus niedriger Häuser dumpfen Gemächern,
Aus Handwerks- und Gewerbesbanden,
Aus dem Druck von Giebeln und Dächern,
Aus der Straßen quetschender Enge,
Aus der Kirchen ehrwürdiger Nacht
Sind sie alle ans Licht gebracht.

In fröhlichster Stimmung haben sich heute Tausende und Abertausende zusammengefunden, um ein gewaltiges Volksfest zu feiern. Wohin der Blick sich richtet, überall begegnet er helleuchtenden Augen, die Zeugnis geben von dem, was hier in diesen ungeheuren Menschenmengen jeden Einzelnen bewegt: Freude am Leben, Freude an ungezwungenster Geselligkeit.

Und doch ist's nicht dies allein, was uns vereint! Wir feiern ein nationales Fest! Aus bewegtem Herzen wollen wir heute künden von dem, was ein Stück

unserer Persönlichkeit ausmacht, ja im Grunde all unser Tun und Denken beherrscht: von der Liebe zum deutschen Vaterlande.

Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an,
Das halte fest mit deinem ganzen Herzen.

So haben wir's in der Jugend gelernt und so empfinden wir's immer und überall, wohin auch der Sturm des Lebens uns treibt. Als deutsche Männer und Frauen sind wir zusammengekommen, um ein echtes deutsches, von wahrhaft nationaler Begeisterung getragenes Volksfest zu feiern.

Ein nationales Volksfest! Dies ist das Zeichen, unter dem wir heute versammelt sind. Was auch immer im Leben uns trennt, welcherlei Sorgen uns im Alltagsdasein drücken mögen — heute fühlen wir uns frei und erhaben ob allem, was sonst mächtig genug erscheint, uns niederzuhalten. Heute suchen wir nach dem,

was uns eint und frei macht.

Und dieses Einigende und Befreiende finden wir in dem Bewußtsein, daß wir alle Glieder eines Volkes sind, daß wir alle jene Pflicht als die vornehmste anerkennen, diese unsere Volksgemeinschaft zu hegen und zu pflegen, und zu schützen den Boden, in dem sie ihre Wurzel findet: das teure deutsche Vaterland.

Das haben wir im Auge, wenn stolz und freudig wir bekennen, daß alle unsere Arbeit, an welchem Platze auch der einzelne sie leistet, getragen ist von wahrhaft nationaler Gesinnung. Und das ist's, was auch auf diesem Feste seinen Ausdruck finden soll. Für eine Stunde haben wir das junge Volk da draußen in sei-

nem Jubel und Trubel sich selbst überlassen und uns inmitten der allgemeinen Festesfreude in dieser weiten Halle zusammengefunden, um in ernster Arbeit die Gedanken den Fragen zuzuwenden, die entscheidend sind für

Volk und Vaterland.

Wir wollen die Richtlinien zeichnen, die uns führen sollen bei jener Arbeit, von der wir sagen, daß sie national sei. Wir wollen in dieser feierlichen Stunde aufs neue geloben, an unsern Idealen festzuhalten und für sie einzutreten mit allen unsern Kräften: auch gegen eine Welt von Widerständen! Den Bund aufs neue schließen, uns stählen für künftige Kämpfe — das sei die Aufgabe dieser Stunde.

Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen haben unser heutiges Fest veranstaltet. Das gibt diesem von vornherein ein bestimmtes Gepräge. Und dem entsprechend hat Ihr Ausschuß mich gebeten, über die Bedeutung dieser Organisationen, soweit sie auf nationalem Boden stehen, Ihnen eine politische Rede zu halten. Solche Aufgabe durchzuführen, wird mir nicht ganz leicht, denn Politik zu machen, ist nicht meines Amtes. Immerhin hat es auch für den Gelehrten einen besonderen Reiz, sich einmal die Frage vorzulegen, welchen Anteil an der Arbeit an Volk und Vaterland gerade denjenigen zufällt, die in abhängiger Erwerbsarbeit stehen und je länger desto mehr einen immer größeren Bestandteil des deutschen Volkes überhaupt ausmachen.

Alle Gegenwart ist historisch bedingt durch die Vergangenheit. Wollen wir deshalb verstehen, welche Stellung

die Arbeiterklasse innerhalb der modernen Gesellschaft

einnimmt, so müssen wir uns zunächst fragen, welches die Existenzbedingungen dieses Volksteils sind, wie er geworden und welcher Art seine Verkettung mit den übrigen Gliedern der Gesellschaft ist.

Werfen wir einen Blick auf die soziale Differenzierung des deutschen Volkes am Anfang des 19. Jahrhunderts. Im wesentlichen sehen wir noch die alte, durch die Jahrhunderte überkommene Schichtung: Adel, Bauern und Handwerker. Von Arbeitern in unserm Sinne war noch wenig die Rede. Die breite Masse der Erwerbstätigen bestand aus wirtschaftlich Selbständigen und solchen, die es werden wollten und zumeist auch werden konnten. Der Handwerksgeselle durfte mit einiger Wahrscheinlichkeit immer noch hoffen, es auch einmal zum Meister zu bringen.

Diese gesellschaftliche Differenzierung war naturgemäß das Spiegelbild der um jene Zeit herrschenden Wirtschaftsstruktur: im Gewerbe auf der ganzen Linie der handwerksmäßige Kleinbetrieb und im übrigen vorherrschend im deutschen Wirtschaftsleben die Landwirtschaft. Am Anfange des 19. Jahrhunderts waren etwa 80 Prozent aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Verfolgen Sie bitte Ihren Stammbaum — spätestens bei den Groß- oder Urgroßeltern (väterlicher- oder mütterlicherseits) werden Sie Ihren „agrarischen" Ursprung erkennen. Es war noch immer

das Milieu, das uns Luther in seinem Katechismus zeichnet, wenn er als Gaben, die uns Gott gegeben hat, nennt: Kleider und Schuhe, Essen und Trinken, Haus und Hof, Weib und Kind, Acker, Vieh und alle Güter. Haus und Hof — Acker und Vieh!

Wie ganz anders heute! Wir brauchen nur zu fragen, welche Dinge Luther wohl in unserer Zeit nennen würde, wenn er etwa den Leipziger Arbeitern den Katechismus erklären wollte! Ob da wohl auch von Haus und Hof, Acker und Vieh die Rede sein würde? Gegenüber Menschen, deren Wohnung in der vierten Etage liegt und die unter Hof so etwas ganz anderes verstehen als der in seinem Besitze stolze Bauer?! Die Antwort braucht nicht erst ausgesprochen zu werden.

Eine gewaltige Veränderung

in der sozialen Differenzierung unseres Volkskörpers hat sich im Laufe des 19. Jahrhunderts vollzogen. Zwar sind die alten Stände geblieben und ihre oberste Schicht spielt auch heute noch eine recht entscheidende Rolle. Daneben aber sehen wir: Industrielle, Händler, Techniker, das große Heer der Lohnarbeiter, die stark anschwellende Zahl der „Angestellten", die im modernen Hotel- und Gastwirtsgewerbe Beschäftigten und endlich die ungezählten Scharen der Staats- und Gemeindebeamten. Diese Differenzierung wird noch komplizierter dadurch, daß neben den Männern auch die Frauen in steigendem Maße der Erwerbsarbeit obliegen müssen.

Ganz selbstverständlich ist auch diese Schichtung unseres Gesellschaftskörpers das Spiegelbild der inzwischen völlig veränderten wirtschaftlichen Struktur unseres Vaterlandes. Wir wissen alle: im Laufe des neun-

zehnten Jahrhunderts ist aus dem überwiegenden Ackerbaustaat der überwiegende Industriestaat geworden. Das ist das gewaltige Ereignis, in dem die meisten sozialen Probleme, die uns heute beschäftigen, ihre Ursache finden. Waren zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts noch 80 Prozent aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, so machten diese im Jahre 1860 nur noch etwa 62 Prozent aus; 1895 waren es nur noch 36 und im Jahre 1907 bloß noch 30 Prozent. Der gesamte Bevölkerungszuschuß, dessen wir uns in den letzten fünfzig Jahren erfreuen durften, hat in Industrie und Handel Arbeit und Nahrung gefunden.

Was nun an dieser neuen sozialen Schichtung besonders charakteristisch ist, ist dieses: Das Verhältnis von wirtschaftlich Selbständigen und Abhängigen hat sich gewaltig verschoben: Immer größer ist die Zahl der wirtschaftlich Abhängigen geworden. In Landwirtschaft, Gewerbe und Handel waren im Jahre 1895 etwa 22 Millionen Erwerbstätige vorhanden; davon standen nicht weniger als 16,5 Millionen im abhängigen Arbeitsverhältnis. Zwar nicht alle als Lohnarbeiter, sondern auch als „Angestellte", Beamte, Dienstboten, Knechte usw. Um sich die Eigenart unserer gesellschaftlichen Schichtung treffend vor Augen zu führen, hat man nur nötig, diese eine Tatsache hervorzuheben: dreiviertel aller Erwerbstätigen in Deutschland im abhängigen Arbeitsverhältnis.

Es bedarf nicht vieler Phantasie, um zu der Überzeugung zu kommen, daß diese neue Schichtung des Gesellschaftskörpers den Keim für die verschiedensten

ideellen und materiellen Unzuträglichkeiten

in sich birgt. Das Maß und die Wirkungen der wirtschaftlichen Abhängigkeit sind nun zwar bei aller prinzipiellen Gleichheit graduell sehr verschieden ausgeprägt. Der Arbeitsvertrag, auf dem das Arbeitsverhältnis beruht, ist bei jeder Kategorie dieser Abhängigen verschieden zu beurteilen. Ebenso ist natürlich die Bedeutung der einzelnen Schichten dieser Abhängigen für die Gesellschaft sehr verschieden. Eine Schicht ragt aber in dieser Beziehung besonders hervor:

die Schicht der industriellen Lohnarbeiter.

Warum? Etwa, weil der einzelne Arbeiter von so besonders großer Bedeutung für die Volkswirtschaft ist? Nein! Wir tun gut, das hohe Lied der „schwieligen Faust" um ein paar Töne tiefer zu singen als es der marxistische Sozialismus intoniert hat. Im großen Getriebe der Volkswirtschaft sind doch schließlich auch die Arbeiter nur ein Glied — neben vielen anderen, die ebenso unentbehrlich sind. Warum also? Nun, weil ihre Zahl Legion ist! Es liegt im Wesen der kapitalistisch-industriellen Wirtschaftsordnung, daß die Zahl der Lohnarbeiter immer größer wird. Und daraus ergibt sich, daß die gesundheitlichen und sittlichen Qualitäten der Lohnarbeiter je länger desto mehr von entscheidender Bedeutung sind für die gesundheitlichen und sittlichen Qualitäten der Nation überhaupt. Das ist's, was der „Arbeiterfrage" ihre Bedeutung gibt.

Die gewaltigen Arbeitermassen, welche das neudeutsche Wirtschaftsleben hervorbringt, in das historisch überkommene Gesellschaftsgefüge organisch einzuschieben, ist eine der wichtigsten und sicherlich auch schwierigsten Aufgaben unserer Zeit.

In erster Linie eine Aufgabe für den Arbeiter selbst. Aber auch eine Aufgabe für den Staat und die übrigen Schichten der Gesellschaft. Was in Deutschland der Staat im Dienste dieser Aufgabe getan hat, wissen wir. Er hat den Arbeitern das Koalitionsrecht gegeben, die Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit, Preßfreiheit, im Reiche das allgemeine Wahlrecht. Dazu die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Arbeiterversicherung. Ganz ohne Frage gewaltige Leistungen, die rückhaltlos unsere Anerkennung verdienen — auch dann noch, wenn wir im einzelnen manches an ihnen auszusetzen haben. Selbstverständlich steht der Staat nicht am Ende seiner sozialpolitischen Arbeit. Mit gutem Recht fordern Sie, daß er in noch viel größerem Umfange seine gewaltigen Machtmittel der Hebung Ihrer Lage widme. Bevor wir darauf aber näher eingehen, lassen Sie uns die andere Frage erörtern: Was haben die Arbeiter getan, um innerhalb des Gesellschaftskörpers für sich und die Gesamtheit nützliche Funktionen zu üben? Die Antwort gibt uns ein Blick auf die

Geschichte der Arbeiterbewegung.

Die Stadt Leipzig darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die Geburtsstätte der deutschen Arbeiterbewegung zu sein. Hier hat im Jahre 1863 Ferdinand Lassalle den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" gegründet. Es lohnt sich, diese Gründung etwas näher ins Auge zu fassen, denn sie ist in der Tat der Ausgangspunkt der nationalen Arbeiterbewegung, obgleich die völlig einseitig konstruierte Geschichtsschreibung der Sozialdemokratie diesem ungewöhnlichen Manne eine ganz andere Stellung angewiesen hat.

Was wollte Lassalle? Lassalle wollte eine große deutsche Arbeiterpartei ins Leben rufen, deren Aufgabe es sein sollte, die „Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern". Diese Partei sollte nach dem Willen ihres Gründers auf nationalem Boden stehen und im übrigen die Machtmittel des Staates für die Arbeiter zu gewinnen versuchen. In seiner praktischen Politik hat Lassalle sich durch vorurteilslose Wertung der Machtfaktoren des gegenwärtigen Staates als der genialste Realpolitiker gezeigt, den die Arbeiterbewegung bis heute gehabt hat. Er, der vom Staate forderte, wie keiner vor ihm, war auch bereit, dem Staate zu geben, was des Staates ist. Es ist meine feste Überzeugung, daß auch die heutige Arbeiterbewegung wieder bei ihrem großen Begründer in die Schule gehen und Ferdinand Lassalle aufs neue auf den Schild erheben wird — wenn anders man die Absicht, „die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern", nicht endgültig aufgeben will. Doch damit greifen wir vor. Es wird noch Gelegenheit sein, diesen Faden wieder anzuknüpfen.

Allzufrüh wurde Lassalle den Arbeitern genommen und so das Feld frei für einen andern: Karl Marx, dem Begründer des

wissenschaftlichen Sozialismus

der seit dem Jahre 1869 die Basis für jene große Partei bildet, die mit gewaltiger Anziehungskraft die deutschen Arbeiter in ihre Kreise zog: die Sozialdemokratie. Und in der Tat: sie war bestechend, diese Idee vom völkerbefreienden Sozialismus mit dem herrlichen Bilde vom Zukunftsstaat. In den Grundauffassungen etwa so: Im Zeitalter des Kapitalismus stehen sich „Bourgeoisie"

und „Proletariat“ unversöhnlich gegenüber. Es liegt im Wesen des industriellen Produktionsprozesses, daß der Arbeiter ausgebeutet wird und zunehmender Verelendung entgegengeht. „Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist“, heißt's im Erfurter Programm. Die Produktionsmittel konzentrieren sich in immer weniger Hände, die großen Vermögen ballen sich zusammen, der Kleinbetrieb wird verdrängt und das alles bedeutet „für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger und Bauern — wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung“. Ein großes Mittel nur gibt es, um aus dieser Misere herauszukommen: „die Vergesellschaftung der Produktionsmittel“. „Nur die Verwandelung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandelung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb . . . zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.“

Das Bestechende an diesen Darlegungen war, daß sie angeblich wissenschaftliche Erkenntnis bedeuteten. Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung führen mit Notwendigkeit zum Zukunftsstaat. Der Zusammenbruch des gegenwärtigen Systems kommt sicher, ist nur eine Frage der Zeit — es ist alles „wissenschaftlich nachgewiesen“. Und der Deutsche glaubt so gern dem, was „wissenschaftlich feststeht“. Zu Hunderttausenden strömten die Arbeiter in die Reihen der internationalen Sozialdemokratie, die berufen schien, das Erbe des „verfaulten Bourgeoisstaates“ in kürzester Zeit anzutreten. Der Zauber des Zukunftsstaates trieb sie alle in seinen Bann und machte sie zu gläubigen Bekennern des „Marxistischen Sozialismus“.

Heute ist das wesentlich anders geworden. Jahrzehnt auf Jahrzehnt verging — und nichts von dem, was man erwartet hatte, traf ein. Die „natürlichen Entwicklungstendenzen“ laufen ganz anders! Der moderne Kapitalismus streckt in ungebrochener Kraft seine mächtigen Glieder und der „Bourgeoisstaat“ verfügte in keiner Zeit über so gewaltige Machtmittel, wie gerade heute. Und wie machtlos demgegenüber die Sozialdemokratie! Mit Recht ist gesagt worden, daß ein Sozialdemokrat in Deutschland nicht einmal Nachtwächter werden könne. Kurzum — in Hunderten von Untersuchungen ist dies eingehend dargelegt:

die Voraussetzungen des Sozialismus sind hinfällig.

Eine Illusion war's! Weiter nichts. O gewiß, man kann auch jetzt noch sagen: in irgend einer Zeit müssen und werden wir zu andern gesellschaftlichen Produktionsmethoden kommen. Wer wollte diese Möglichkeit bestreiten! Nichts ist für die Ewigkeit bestimmt, alles dem fortschreitenden Lauf der Geschichte unterworfen. Wir armseligen Menschen müssen aber mit dem rechnen, was ist,

was für absehbare Zeit sein wird! Und das ist der moderne Kapitalismus in ungebrochener Kraft, der, in Deutschland wenigstens, eben erst anfängt, seine mächtigen Glieder zu strecken — und zwar so ganz anders, als Marx und Engels es gedacht.

Dürfen wir uns wundern, daß in den Arbeiterkreisen selbst mit immer stärkerer Gewalt die Überzeugung sich Bahn brach, man müsse

andere Methoden

suchen, um für die Hebung der eigenen Lage mit Erfolg kämpfen zu können? Nein, es war ganz selbstverständlich, daß die bisherige erfolglose Taktik der Sozialdemokratie gerade in Arbeiterkreisen Opposition auslöste. Und so sehen wir, wie neben der alten Organisation neue entstehen und sich ausbreiten: die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die christlichen Gewerkschaften und viele andere.

Was wollen nun diese Organisationen? Sind sie etwa der Meinung, daß bei uns alles ideal sei, daß der Arbeiter gar keine Veranlassung zur Unzufriedenheit habe? Nein und abermals nein! Sie sind im Gegenteil der Meinung, daß ungemein viel der helfenden und organisierenden Tätigkeit bedürfe. Auch sie sind Träger großer Reformideen. Indessen, und dadurch unterscheiden sie sich von der Sozialdemokratie: sie erstreben, unter voller Würdigung der historisch überkommenen Zustände und der realen Machtfaktoren, eine organische Umbildung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Diese Taktik lassen Sie uns etwas näher ins Auge fassen, um vor Irrtümern und falschen Schritten bewahrt zu bleiben.

Eines vor allem muß immer und immer wieder betont werden: daß nämlich

die Arbeiter als Klasse

in der Tat ihre besonderen Interessen haben. Seitdem für Millionen von Menschen die Lohnarbeit nicht ein bloßes Durchgangsstadium ist, sondern das ganze Leben hindurch die Basis der Existenz bildet, wird die Frage nach dem Anteil am Produktionsertrage für den Arbeiter die brennendste wirtschaftliche Sorge. Und die Folge ist, daß sich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Interessengegensätze herausgebildet haben, die mit schönen Worten nicht aus der Welt zu schaffen sind. Das soll nicht heißen, daß Unternehmer und Arbeiter überhaupt keine gemeinsamen Interessen hätten. Dies zu behaupten, wäre Wahnsinn. Wohl aber bestehen im Hinblick auf einen Punkt Gegensätze, die unüberbrückbar sind: in bezug auf den Anteil am Produktionsgewinn.

Wir Nationalökonomen können dicke Bücher schreiben über die Stellung von Unternehmer und Arbeiter im Produktionsprozeß. In scharfsinnigen Theorien können wir dem „Unternehmergewinn" seinen richtigen Platz anweisen, sein Vorhandensein als die Grundlage jeder Produktion kennzeichnen, den Unternehmer als die Seele der „technischen und wirtschaftlichen Produktion" ansprechen, — das alles wird Sie, meine Herren, nicht abhalten, die Erhöhung Ihres Lohnes als dringend nötig und berechtigt zu erachten. Und wenn der Unternehmer sagt, daß ohne ihn und sein Kapital die Produktion und damit die Beschäftigung der Arbeiter nicht möglich sei, so werden Sie dem entgegenhalten, daß ohne die

Arbeiter der Unternehmer nicht einen Tag weiterproduzieren könne. Beide, Unternehmer und Arbeiter, halten sich für den wichtigsten Produktionsfaktor — der Nationalökonom aber sagt, daß sie als unentbehrliche Faktoren aufeinander angewiesen sind und sich gegenseitig ergänzen. Gerade daraus aber ergibt sich, daß die schließliche Auseinandersetzung über den Anteil am Produktionsertrage eine Machtfrage ist.

Diese Konstellation greift mit Notwendigkeit auch in das politische Parteileben ein. In allen innerpolitischen und vielfach auch in den außerpolitischen Fragen spielen wirtschaftliche Verhältnisse eine so erhebliche Rolle, daß eine große Schicht mit einheitlichen wirtschaftlichen Interessen am zweckmäßigsten auch einen eigenen politischen Verband bildet.

Demnach muß betont werden, daß das Ideal der Arbeiterorganisation nicht die Zersplitterung ist, sondern, daß

eine große Arbeiterpartei

im politischen und sozialen Interesse der Arbeiter das Wünschenswerte ist.

Diese große Arbeiterpartei darf aber keine Partei im Sinne der heutigen Sozialdemokratie sein. Dies etwas näher darzulegen, sei unsere nächste Aufgabe.

Mit Vorliebe behauptet die Sozialdemokratie, daß sie die Arbeiterpartei sei. Trotzdem aber sehen wir, daß immer mehr Arbeiter sich von ihr abwenden und in ausgesprochene Kampfesstellung zur Sozialdemokratie treten. Das hat natürlich seine Gründe. Einmal liegt es an der antimonarchischen Tendenz der Sozial-

demokratie. Die Monarchie spielt auch in Arbeiterkreisen eine viel größere Rolle, als dies schlechthin angenommen wird. Und damit sind Sie, meine Herren, die Sie auf monarchischem Boden stehen, auch unter dem Gesichtswinkel der bloßen Zweckmäßigkeit auf dem richtigen Wege. Wer das gegenwärtige Deutschland in seiner historischen Entwickelung betrachtet, kommt bei objektiver Beurteilung aller heute in Staat und Gesellschaft wirksamen Faktoren ganz von selbst zu der Überzeugung, daß die monarchische Staatsform für Deutschland etwas so selbstverständliches und politisch so unbedingt erforderliches ist, daß darüber kein Wort verloren zu werden braucht. Ob dies für alle Zeiten der Fall sein wird, ist heute nicht abzusehen. Für absehbare Zeit aber ist die republikanische Staatsform in Deutschland ein Nonsens. Eine Partei, die sie vertritt (und zwar so kindisch — meinetwegen auch „grundsätzlich" —, daß sie vor einem Kaiserhoch selbst im Reichstag demonstrativ den Saal verläßt), wird schon aus diesen Gründen ihrer Ausdehnung engere Grenzen gezogen sehen.

Hierzu kommt noch, daß die Monarchie in Deutschland über eine so gewaltige Machtfülle verfügt, daß sie alle ihr entgegengesetzten Bestrebungen ohne Schwierigkeiten unterdrücken kann. Nicht umsonst steht auf den preußischen Kanonen: ultima ratio regum — die letzte Stütze der Könige. Eine Partei, die deshalb auch unter den gegebenen Verhältnissen im Sinne ihrer praktisch-politischen Aufgaben tätig sein will, kann schließlich garnichts anderes tun, als auch hier dem, was ist, Rechnung tragen. Und indem sie dies tut, hat sie zugleich die einzige Möglichkeit, die Fortentwicklung des Verfassungswesens im Sinne des

schärfer ausgeprägten Parlamentarismus — etwa nach dem Vorbild Englands — zu beeinflussen. (Wobei dahingestellt bleiben möge, ob dies im gegenwärtigen Deutschland überhaupt erwünscht wäre.)

Bei alledem ist zu beachten, daß die republikanische Staatsform an sich den Arbeiterinteressen noch nichts bietet. Länder wie Frankreich, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, ja selbst die Schweiz mit ihren demokratischen Institutionen bleiben sozialpolitisch hinter den Industrieländern mit monarchischer Staatsform weit zurück.

Das ist aber nur die eine Seite der „nationalen" Frage. Die andere, von gleicher, vielleicht größerer Bedeutung sieht so aus: Die Geschichte des deutschen Volkes hat diesem, wenn auch nach harten Lehrjahren, die Erkenntnis eingeprägt, daß Deutschland bis an die Zähne bewaffnet sein muß, wenn seine (in unserer Zeit wirtschaftlich so überaus günstige) exponierte Lage, die es früher mit sich brachte, daß wir zum Tummelplatz für die Kämpfe fremder Völker wurden, ihm nicht zum Verhängnis werden soll. Der militärische Geist ist durch solche Einsicht gewaltig gestärkt worden. Und der Durchschnittsdeutsche versteht es nicht, wenn im Reichstag eine Partei für

Heer und Marine

grundsätzlich keinen Pfennig bewilligt. Daß dieses „grundsätzlich" sich auf das „stehende" Heer des „Bourgeoisstaates", den Militarismus bezieht, tut dem keinen Abbruch. Gerade dadurch, daß die Sozialdemokratie dem Heerwesen des gegenwärtigen Staates durchaus ablehnend gegenübersteht, begibt sie

sich jeder Möglichkeit, es im Sinne einer mehr volkstümlichen Organisation zu beeinflussen. Auch hier würde die Sozialdemokratie unter Anerkennung dessen, was ist, dem Fortschritt mehr dienen als durch die zur Zeit beliebte unfruchtbare Negation. Im übrigen will die große Majorität des deutschen Volkes ein starkes Heer und eine leistungsfähige Flotte. Und das ist wohl begründet. Ein großes Volk mit so ausgebreiteten Interessen wie das deutsche, wird in seiner ganzen Existenz bedroht, wenn es nicht jeden Augenblick in der Lage ist, sich seinen Lebensbedingungen entsprechend durchzusetzen und zu behaupten.

Dazu kommt noch ein Drittes:

die Idee der internationalen Solidarität,

so schön sie ist, so nützlich sie dem international organisierten Kapital gegenüber werden kann und so sehr sie, den allgemeinen Völkerfrieden vorahnend, in den Dienst einer sittlichen Mission sich zu stellen wähnt, in ihrer heute beliebten Überspannung ist sie von recht zweifelhaftem Werte. Die Weltgeschichte zeigt uns den immerwährenden Kampf der Völker um den Platz an der Sonne. Und gerade in unserer Zeit mit ihren imperialistischen Tendenzen tritt wieder in die Erscheinung, daß zwar Raum für alle auf der Erde: daß aber das Aufsteigen der Völker zu höheren Daseinsformen eine Frage des Siegens im Wettbewerbe ist. Dieser Wettbewerb aber fordert, daß die ganze Politik eines Volkes bis in die letzten Konsequenzen hinein unter nationalen Gesichtswinkel gestellt werde. Das ist das wahrhaft Staatsmännische an

Ferdinand Lassalle, daß er im Gegensatz zu Marx und Engels von vornherein seine ganze Gedankenwelt auf den Staat gerichtet hat, dessen Bürger er war. Alles was er unternimmt, als Revolutionär in den Sturmjahren seines Lebens, als Realpolitiker und Staatssozialist in praktischer Arbeit, stellt er von vornherein unter preußisch-deutschen Gesichtswinkel:

Die Staatsidee, den Staat über alles.

Die Stellung, die unsere heutige Sozialdemokratie in diesen Fragen einnimmt, führt überdies zu fortwährenden Pflichtenkollisionen. Welche Gefühle beschleichen den sozialdemokratischen Arbeiter, wenn er die „Genossen" jenseits der Grenze seinen Arbeitsplatz einnehmen sieht oder doch sein Lohn der Lebensstellung jener aus dem rückständigsten Ausland bezogenen Konkurrenten sich anpaßt. Da vergeht die Lust am Solidaritätsgefühl. Und anstatt auf diese Elemente unendliche Mühe und Arbeit zu verwenden, um sie gewerkschaftsfähig zu machen (damit sie, sobald es gelungen, als lästige Ausländer abgeschoben werden und neuem Zuzug Platz machen), sollte man, so denkt der Arbeiter, diese Gesellschaft garnicht erst hereinlassen. Der „Proletarier" aber kennt keine Landesgrenzen.

Wir sehen: die Haltung der Sozialdemokratie in nationalen Fragen (im guten Sinne des Wortes) ist je länger, umsomehr ein starkes Hindernis ihrer weiteren Ausdehnung in Arbeiterkreisen. Solange diese Richtung die herrschende ist, wird die Sozialdemokratie niemals die Arbeiterpartei werden können. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß die Arbeiter jetzt mit Pauken und Trompeten in das Lager derjenigen übergehen müssen,

die den „nationalen Gedanken" gepachtet zu haben scheinen und ihn als Marktschreier durch die Gassen schleifen. Davor bewahre sie der Himmel.

National in gutem Sinne des Worts.

Was wir nach alledem nötig haben, ist eine nationale Arbeiterpartei in dem angedeuteten Sinne. Im übrigen soll diese Arbeiterpartei ein mit Energie zu vertretendes Programm haben, das die ideellen und materiellen Interessen der Arbeiter in ganzem Umfange umfaßt. Weitestgehende politische Freiheiten, Ausdehnung der gewerblichen Staatstätigkeit, gerechtes Steuersystem (stark progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern), unbedingtes Koalitionsrecht, Spielraum und Unterstützung für jede Art der Selbsthilfe: insonderheit für Konsumvereine und deren Unternehmungen, umfassende Arbeiterschutzpolitik, Selbstverwaltung im Versicherungswesen, konstitutionelles System in der Fabrik, Maximalarbeitstag, rationelle Bodenpolitik, Wohnungsfürsorge, weitestgehende Bildungsmöglichkeiten und was von Ihrem Standpunkt, meine Herren, sonst wünschenswert ist.

Eine solche Partei hat Lassalle im Auge gehabt, als er die Arbeiter zu selbständiger politischer Tätigkeit aufrief. Er bestimmt auch

die parlamentarische Taktik

dieser Partei, die auf nichts anderes hinausläuft, als auf jene Praxis, die Mehrheit dort zu suchen, wo man sie findet. Eine Taktik, die scheinbar auch unsere heutige Sozialdemokratie befolgt, nur mit dem Unterschied, daß ein wirkliches Handinhandarbeiten mit andern Parteien durch die grundsätzliche Negation in den wichtigsten

Fragen des Staatslebens ausgeschlossen ist. Das gelegentliche Zusammengehen bei irgendwelchen Abstimmungen ist solange ohne Bedeutung, als die Sozialdemokratie prinzipiell das Budget ablehnt und infolgedessen keine Regierung sich auf sie stützen kann.

Hätten wir eine Arbeiterpartei, die eine Taktik nach dem Beispiel Lassalles einschlüge, so würden damit bei den Wahlen die links stehenden Parteien insgesamt sehr erheblich gewinnen. Es ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen des politischen Lebens, daß in Deutschland trotz eines so radikalen Wahlrechts für den Reichstag, dieser eine so ausgesprochen agrarische Richtung vertritt, die jedenfalls der Mehrheit des deutschen Volkes nicht entspricht. Einmal liegt dies zweifellos an der das platte Land begünstigenden Wahlkreiseinteilung. Aber doch nur zum Teil. In der Hauptsache beruht es darauf, daß die Sozialdemokratie in ihrer heutigen Gestalt nur in ganz beschränktem Maße bündnisfähig ist — eben wegen ihrer oben dargelegten Grundsätze. Sie scheidet auch für jene Staatsbürger, die ihr in den allgemeinen innerpolitischen Fragen sehr nahestehen, ohne weiteres aus. Dadurch ergibt sich in den Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie nicht die absolute Mehrheit hat, in der Regel deren Ausschaltung. Der Erfolg ist, daß das Spiel der Kräfte nunmehr ausschließlich im Rahmen derjenigen Wählermasse einsetzt, die rechts von der Sozialdemokratie steht. Hier haben aber die fortschrittlichen Elemente (unter ihnen Scharen von Arbeitern) nur selten die Mehrheit; sie müssen im Gegenteil, um überhaupt auf der Bildfläche zu bleiben, sehr erhebliche Konzessionen nach rechts machen.

Ganz anders bei einer Arbeiterpartei, die sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellte, mit dem Ziel, innerhalb derselben und unter steter Hinwirkung auf die allmähliche organische Umbildung und Fortentwicklung des Bestehenden die ideellen und materiellen Interessen der Arbeiter mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern — im übrigen aber dem Staate gäbe, was des Staates ist. Mit einer solchen Partei könnten die bürgerlichen Parteien weitestgehende Kompromisse abschließen, und die Partei würde sich grundsätzlich nichts vergeben, wenn sie darauf einginge. Der Gesamteinfluß der Sozialreformer im Parlament müßte auf diese Weise gewaltig steigen.

In diesem Zusammenhange möchte ich ganz allgemein ein Wort sprechen über das Verhältnis einer gut geleiteten Arbeiterpartei zu den

bürgerlichen Parteien.

Kurz gesagt, muß es sich so gestalten: Klassenstandpunkt — nicht aber Klassenkampf! Ihre besondere Stellung gegenüber den andern sozialen Schichten muß die Arbeiterpartei immer im Auge behalten, in dem Sinne, wie wir dies vorhin erörtert haben. Nichts aber wäre falscher, als dies in jener Art zu tun, die heute in der Sozialdemokratie üblich ist. Das wäre nicht nur unwürdig und sachlich ein Fehler, sondern auch taktisch das Verkehrteste, was denkbar ist. Sie würden sich ins eigene Fleisch schneiden, wenn Sie gegenüber dem „Bürgertum“ (das sich überdies nicht ausschließlich aus „Besitzern von Produktionsmitteln“ zusammensetzt) nur das Wort von der „reaktionären Masse“ finden könnten.

Das wäre eine maßlose Übertreibung und Unwahrhaftigkeit. Aber viel mehr! Mit diesem „Bürgertum" müssen sie rechnen. Die wirtschaftliche und soziale Differenzierung des deutschen Volkes ist Ihnen, meine Herren, zwar besonders günstig, indessen wird sie uns für absehbare Zeit auch ein starkes Bürgertum erhalten. Und daraus ergibt sich politisch für Sie die Pflicht, dieses Bürgertum nach Möglichkeit sozialpolitisch zu beeinflussen. Und das können sie in hohem Maße, indem Sie die bürgerlichen Parteien zwingen, arbeiterfreundliche Kandidaten bei den Wahlen aufzustellen, für die Sie dann mit ganzer Kraft einzutreten haben. Taktisch kommen Sie damit viel weiter, als wenn sie jedes „Kompromiß" mit den „Bürgerlichen" ablehnen und auf solche Weise die sozialpolitisch rückständigen Elemente stärken. Selbstverständlich muß diese Realpolitik auch zur Unterstützung von Arbeiterkandidaten durch die bürgerlichen Parteien führen. Und das wird es, je stärker Sie sind. Ihre Aufgabe muß es demnach sein, auch das Bürgertum in Ihrem Sinne zu beeinflussen. Kluge Ausnützung Ihrer durch die Zahl gegebenen Machtstellung läßt dies auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts innerhalb weiter Grenzen möglich erscheinen.

Meine Herren, hätten wir eine Arbeiterpartei, die im Sinne der hier dargelegten Grundsätze Politik machte, was wäre die Folge? Ohne Frage dies, daß sie eine ganz andere Stoßkraft erhielte, als die heutige Sozialdemokratie sie besitzt; der Arbeiter

Einfluß auf den Staat

würde dann überhaupt erst einsetzen. Wer da gibt, dem wird gegeben. Heute wird jede Regierung gegenüber

der am Marxismus klebenden Sozialdemokratie immer nur sagen können: „was kannst du armer Teufel geben?" Nichts, lautet die Antwort. Eine in ihrer politischen Taktik durch Doktrinen hingegen nicht festgelegte Partei hätte ganz andere Trümpfe in der Hand. Sie könnte fordern, ihre Unterstützung der Regierungspolitik, die ihr grundsätzlich möglich wäre, von realen Bedingungen abhängig machen und unter Umständen auch Teilhabe an der Regierung verlangen. In solcher Position wäre die Arbeiterpartei eine Macht, an der alle reaktionären Bestrebungen zerschellen müßten. In solcher Stellung wäre es möglich, den Kampf für politische Freiheit, für Reformen auf allen Gebieten des innerpolitischen Lebens mit Erfolg zu kämpfen, in wahrhaft großzügiger Weise Arbeiterinteressen zu vertreten, den Staat mit seinen gewaltigen Machtmitteln sich dienstbar zu machen,

nationale Kulturarbeit

zu leisten. Es möchte dann sogar mancher gute Staatsbürger im reaktionären Lager, der heute des Jammerns über die „internationale" Sozialdemokratie kein Ende findet, die guten alten Zeiten zurückwünschen, wo man nur mit dem roten Tuch zu winken brauchte, um sozialpolitischen „Experimenten" ein Ende zu machen. Diese Elemente werden dann aber politisch machtlos sein, da die veränderte Parteikonstellation ihnen den Resonanzboden entzogen hat. Ihre wirtschaftliche und soziale Überlegenheit werden sie zwar nach wie vor, und sogar dann erst recht ausspielen. Indessen steht den Arbeitern dann der Staat zur Seite, der durch die Gesetzgebung in das „freie Spiel der Kräfte" ganz anders eingreifen wird wie heute.

Sie müssen sich, meine Herren, darüber klar sein, daß der „Weg zur Macht“ nicht immer und ausschließlich über die „Mehrheit“ geht. Wollen Sie warten, bis Sie diese haben, so wird nach menschlichem Ermessen des Hoffens und Harrens kein Ende sein. Die wirtschaftliche und soziale Differenzierung des deutschen Volks sorgt dafür, daß auch Ihre, der Arbeiter, Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wohl aber können Sie auf Grund der Tatsache, daß Ihre Zahl Legion ist, durch kluge Ausnützung aller sich bietenden Mittel

ein gut Stück politischer Macht

in sich vereinigen — im Sinne jenes Mannes, der Sie zum ersten Male unter die Fahnen gerufen.

Ein Zukunftsbild! Aber wohlgemerkt: ein solches, dessen Verwirklichung Sie alle noch erleben können. Sie selbst, meine Herren, glauben ja an die Möglichkeit dieser Entwicklung, denn sonst würden Sie sich der schweren Aufgabe, „wider den Stachel zu löcken“, nicht unterzogen haben. Es sind im wesentlichen Ihre Gedanken, die ich hier zusammengefaßt habe. In einer Hinsicht gehen freilich auch bei Ihnen die Meinungen noch sehr auseinander: auf welchem Wege nämlich das erwünschte Ziel am schnellsten erreichbar sei. Gestatten Sie mir deshalb, daß ich auch darauf noch kurz eingehe. Zum ersten: Es genügt nicht, daß Sie, meine Herren, sich gewerkschaftlich organisieren. Daß jeder moderne Arbeiter einer Gewerkschaft angehöre, ist natürlich selbst-

verständlich (darüber braucht kein Wort verloren zu werden); daneben aber müssen Sie sich

politisch organisieren.

Wer Einfluß auf den Staat gewinnen will, muß Politik treiben, denn Politik ist eben nichts anderes als Beeinflussung des Staatswillens. Die schwierige Frage ist nun aber: Wie soll der Arbeiter sich politisch organisieren? Die Antwort kann an sich nicht zweifelhaft sein, denn nach allem, was wir hier ausgeführt haben, liegt das Ideal einzig und allein in einer selbständigen Arbeiterpartei. Ihr Ziel ist also zweifellos: eine große, geschlossene deutsche Arbeiterpartei. Wie aber ist diese zu erreichen?

Man kann oft die Meinung hören, daß die nichtsozialistischen Arbeiter massenweise in die sozialdemokratischen Organisationen eintreten sollten, um dort im Sinne ihrer Ideen als Sauerteig zu wirken. Das hat in der Theorie manches für sich, stößt in der Praxis aber, zur Zeit wenigstens, auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Für national fühlende Arbeiter ist in den sozialdemokratischen Organisationen heute kein Platz! Das ist die Einsicht, welche mit elementarer Gewalt sich immer mehr durchbricht. Bleibt also nichts anderes übrig, als von außen auf den großen Körper einzuwirken. Und dies tun Sie dadurch, daß Sie sich bis auf weiteres **gewerkschaftlich und politisch** gegen ihn organisieren. Vorläufig bedeutet das zwar eine Kräftezersplitterung, indessen ist dies nach Lage der Dinge der einzige Weg, das große Ziel zu erreichen. Werden Sie selbst ein großer Körper. Arbeiten Sie ein klares Programm aus,

sagen Sie mit Schärfe, was Sie wollen und wohin Sie streben. Und mit diesem Rüstzeug kämpfen Sie unter Aufbietung aller Ihrer Kräfte um jene großen Arbeiterscharen, die Ihres Geistes sind, und um jene, die heute noch indifferent beiseite stehen. *Je mehr Erfolg Sie hier haben, um so größer wird auch Ihr Einfluß auf den Ideengehalt der sozialdemokratischen Organisationen sein.*

Die allgemeinen Zeitläufte sind Ihnen günstig, denn auch von anderer Seite wirkt manches auf den Geist und die Taktik der Sozialdemokratie ein. Es gab eine Zeit, in welcher das „Proletariat" sich stolz erkühnte, die „Bourgeoisie" frohen Mutes niederzuwerfen. Der Glaube an die Macht des Sozialismus war unerschütterlich. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will." Und in der Tat, es schien einen Augenblick, als hätten sie recht. Das politisch indifferente Bürgertum wich Schritt für Schritt vor den herannahenden Arbeiterbataillonen zurück und sah schon das blutig-rote Gespenst der Revolution in bedrohlicher Nähe. Das völlig unorganisierte Unternehmertum mußte wohl oder übel den Kampfesmaßnahmen der Gewerkschaften sich fügen. Das war die Zeit, in welcher tausende von Federn sich in Bewegung setzten, um haarscharf nachzuweisen, daß nur ein neues Sozialistengesetz die Gefahr beseitigen könne.

Wie ganz anders heute! Das Bürgertum hat seine Ruhe zurückgewonnen und im Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner die Kräfte gesammelt — und gesehen, *wie überlegen es diesem Gegner in Wirklichkeit ist.* Der Staat bedarf nicht des Sozialistengesetzes, seitdem er erprobt, daß Feuerwehr und Schutzmannschaft

„die öffentliche Ordnung" mit Leichtigkeit aufrecht erhalten. Und vollends die Unternehmer! Was diese in den letzten Jahren im Kampfe gegen „unberechtigte Ansprüche der Arbeiter" an „Abwehrmaßregeln" getroffen haben, ist von so ungeheurer Wirksamkeit, daß mehr und mehr *resignierter Pessimismus* in die Reihen der Gewerkschaften seinen Einzug hält. Geläufig ist heute schon das Wort vom „Demonstrationsstreik": Wenn schon nichts zu gewinnen ist, dann wenigstens das Unternehmertum „belästigen", es in seiner Ruhe stören. Doch auch dagegen sind die Waffen geschmiedet.

Was also bleibt Ihren Arbeitsbrüdern im andern Lager?! Der Glaube an den baldigen Sieg des Sozialismus? Für viele gewiß. Doch

die Zahl der Gläubigen wird kleiner,

denn man lernt die *realen Machtfaktoren* richtig einschätzen. Für die Arbeiterschaft ist der Sozialismus vor allem eine Magenfrage, im weitesten Sinne natürlich: was werden wir essen, was werden wir trinken, wie werden wir wohnen, wie werden wir uns kleiden, wie können wir uns bilden, wie werden wir für unsere Kinder sorgen? Wir, wir und wieder wir! *Was gibt man uns in der Gegenwart*, so lautet mit Recht stürmischer denn je der Ruf auch der sozialdemokratischen Arbeiter.

Und jene, an welche die Frage gerichtet ist? Heute sicherlich noch trotzig. Und morgen? Morgen wird man tun, was Sie, meine Herren, schon längst getan haben: *man wendet den Blick auf den Staat! Nur vom Staat kann die Hilfe kommen.* Ohne den Staat sind wir nichts — mit ihm alles! Was könnten wir

erreichen, wenn der Staat mit uns im Bunde wäre! Man weiß zwar auch in jenem Lager, wenn es auch niemals anerkannt wird: daß es noch viel schlimmer stünde, wenn nicht schon der Staat im Dienste der Sozialreform unablässig an der Arbeit wäre. Man sieht aber auch, wie stark die Kräfte sind, die dem entgegenwirken und des Staates Initiative zu lähmen versuchen. Schließlich ist eben doch der Staat der Willensausdruck jener, die in ihm die Macht haben.

Und immer wieder ertönt die Frage: Warum haben denn wir nicht die Macht? Die Antwort, die der einsichtige Teil der sozialdemokratischen Arbeiter sich je länger desto mehr geben muß, lautet: Weil wir Phantasten und Idealisten sind, die nach den Sternen greifen! ...

Sie sehen, meine Herren, der Boden für Ihre Arbeit ist günstig. Freilich wird mancher unter Ihnen zweifelnd fragen: Wann werden wir an das Ziel kommen? Diesen Kleinmütigen möchte ich ein Wort Lassalles in die Erinnerung bringen, das dieser einst den Berliner Arbeitern zugerufen hat:

„Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher als unten in dem Gewühle des täglichen Lebens.

„Haben Sie bereits einmal einen Sonnenaufgang von einem hohen Berge aus mit angesehen?

„Ein Purpursaum färbt rot und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verkündend, Nebel und Wolken raffen sich auf,

ballen sich zusammen und werfen sich dem Morgenrot entgegen, seine Strahlen momentan verhüllend — aber keine Macht der Erde vermag das langsame und majestätische Aufsteigen der Sonne selbst zu hindern, die eine Stunde später aller Welt sichtbar, hell leuchtend und erwärmend am Firmament steht.

„Was eine Stunde ist in dem Naturschauspiel eines jeden Tages, das sind ein und zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs."

Jawohl, große Dinge — und um große Dinge handelt es sich hier in der Tat — erfordern zu ihrer Durchsetzung vor allem Zeit. Außerdem aber Arbeit! Sie, meine Herren, haben sich in den Dienst einer gewaltigen Aufgabe gestellt. Fehlt es Ihnen an Mut — nun so werfen Sie das Werk hin. Glauben Sie aber, in sich die Kraft zu haben, auch gegen eine Welt von Widerständen Ihren Idealen treu zu bleiben, fühlen Sie sich stark genug, den Kampfesruf und Kampfeslust bis in die letzten Reihen Ihrer Kameraden hineinzutragen — so seien Sie unverzagt: der Sieg wird Ihnen gehören. Das Morgenrot der neuen Zeit steht deutlich vor unseren Augen. An Ihnen liegt es, wann und mit welcher Kraft das Sonnenlicht seine Strahlen über uns ausbreiten wird. Geloben Sie deshalb in dieser feierlichen Stunde, nicht zu rosten noch zu rasten, bis sich erfülle die Zeit, auf die wir alle hoffen. Und wer unter Ihnen

mit solchem Gelöbnis es ernst meint, der stimme zur Besiegelung dessen, was uns jetzt und immerdar bewegt, in den Ruf ein: das teure deutsche Vaterland und in ihm die gewerkschaftlich und politisch organisierte nationale Arbeiterschaft

Hoch, hoch, hoch!

Druck von Otto Nuschke in Leipzig, Nostitzstraße 31.

MSH 25150

END OF
TITLE